



Fleischwirtschaft: Neue Regelungen gegen Missbrauch

Trotz aller bisherigen Bemühungen gibt es in der Fleischwirtschaft Handlungsbedarf.

Deshalb freue ich mich, dass es uns unter Hinzuziehung von Experten und in intensiven Beratungen gelungen ist, gezielte Maßnahmen gegen den teilweise gelebten Missbrauch auf den Weg zu bringen.

Wie im Baugewerbe gilt zukünftig die Subunternehmerhaftung hinsichtlich der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen. Außerdem werden Lohnabzüge für Vorschüsse und die zur Verfügung Stellung von Arbeitsmitteln verboten. Für die bessere Kontrolle durch die Behörden wird die Arbeitszeiterfassung am selben Tag zur Pflicht.

Das Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischindustrie wird nach Zustimmung des Bundesrats voraussichtlich Anfang August in Kraft treten.

Betreuungsvereine: Erhöhung der Vergütung um 15 Prozent – jetzt ist Bundesrat am Zug

Für Hilfebedürftige sind Betreuungsvereine eine unverzichtbare Hilfe für ihre Selbständigkeit. Die finanzielle Situation vieler Betreuungsvereine ist bundesweit teilweise dramatisch, viele hätten bereits schließen müssen. Die beschlossene Vergütungserhöhung ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Gleichwohl habe ich mir mehr gewünscht, um eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherzustellen.

Jetzt ist der Bundesrat am Zug, da die Kosten zum großen Teil aus den Justizhaushalten der Bundesländer aufgebracht werden müssen. Eine Ablehnung wäre ein Schlag ins Gesicht ausgerechnet derjenigen Menschen, die ohnehin schon aufgrund von körperlichen oder psychischen Erkrankungen dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Deshalb appelliere ich an die Bundesländer, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Aktuelles

18. Mai 2017

Regelungen zur Pelztierhaltung und Verbot der Schlachtung trächtiger Tiere

In der 2./3. Lesung wurden gesetzliche Mindestanforderungen in der Pelztierhaltung festgelegt und ein wichtiger Schritt zur Vermeidung der Schlachtung trächtiger Tiere unternommen. Diese Schritte stehen ganz im Interesse des Tiereschutzes.

1. Juni 2017

Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geregelt

Die Koalition hat sich auf eine Reform des Finanzausgleichs verständigt. Der Handlungsdruck war groß, da der Solidarpakt II 2019 endet und die Bundesländer ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen.

Die Reform beinhaltet eine Reihe von Grundgesetzänderungen und weitere Regelungen, die in der 2./3. Lesung verabschiedet wurden. Damit sorgen wir frühzeitig für Planungs- und Rechtssicherheit und vor allem für eine finanzielle Stärkung der Kommunen.

Berlin: Einblicke in die parlamentarische Arbeit



Bilder: Holzenkamp

Ob im Rahmen eines Praktikums, wie Abiturient Markus Mehlfeld aus Cloppenburg, oder im Rahmen des Planspiels „Jugend und Parlament“, wie Studentin Lucia Lindenthal aus Vechta: Ein Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages lohnt sich immer. So kann man haut- und praxisnah erleben, wie Gesetze das sogenannte parlamentarische Verfahren durchlaufen aber auch welche Bedeutung und Einflussmöglichkeiten das Parlament, die Fraktionen und der einzelne Abgeordnete haben.

Weitere Informationen unter:

www.fi-holzenkamp.de

